

*Fritz Rück*

## GEWERKSCHAFTEN UND AUSSENPOLITIK

In der Diskussion über den Verteidigungsbeitrag und den Schumanplan wie auch in anderen Zusammenhängen tauchte wiederholt die Frage nach der Abgrenzung des Interessenbereiches und der Aufgaben der Gewerkschaften auf. Jeder Versuch, eine klare Antwort zu geben, machte zugleich die Schwierigkeiten sichtbar, die jeder solchen Abgrenzung entgegenstehen. Diese Tatsache ist weder auf den Wortlaut der Statutelt, auf die Einwirkung der Tradition noch auf den Willen bzw. die Auffassungen führender Funktionäre zurückzuführen. Der Grund dafür ist vielmehr in folgenden Faktoren zu suchen: 1. In der Struktur der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung — gerade weil der DGB und die Industriegewerkschaften jede parteipolitische Bindung ablehnen, sind sie zu einem politischen Faktor ersten Ranges geworden. 2. in dem Gewicht, das die Gewerkschaften infolge ihrer zahlenmäßigen Stärke und sozialen Funktionen in die Waagschale zu werfen haben, 3. in der fehlenden Kontinuität und Stabilität aller politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik. In dem erst werdenden Staat ist der gewerkschaftliche Sektor der gesinnungsmäßig und organisatorisch sicherste Eckpfeiler der Demokratie. Als solcher werden die Gewerkschaften auch im Auslande eingeschätzt. Das gibt ihren Entscheidungen Bedeutung von internationaler Tragweite.

Es kommt noch etwas anderes dazu. Der Umweg, den die Schaffung des Weltgewerkschaftsbundes nach dem Abschluß des zweiten Weltkrieges für die Herausbildung einer aktionsfähigen demokratischen Gewerkschaftsinternationale bedingte, bedeutete wohl eine Verzögerung, doch konnte er nicht verhindern, daß der im IBFG geschaffene übernationale Zusammenschluß der freien Gewerkschaftsbewegung eine Konzentration politischer und sozialer Macht darstellt, die von keiner anderen nicht-staatlichen Institution übertroffen wird. Von einer internationalen Arbeiterbewegung zu sprechen ist auch heute noch trotz verschiedener Konferenzen sozialistischer und anderer Parteien etwas fragwürdig, während die internationale Gewerkschaftsbewegung eine Realität ist, mit der gerechnet werden kann und muß — unter Vorbehalt gewisser Einschränkungen. Von diesen Einschränkungen sei im folgenden die Rede, da aus ihnen die zuweilen etwas problematische Stellung der Gewerkschaftsbewegung zu den Fragen der Außenpolitik hervorgeht.

Seit dem Auseinanderfallen der Koalition der Siegermächte im zweiten Weltkriege und der Herausbildung der neuen Front zwischen Ost und West hat die außenpolitische Entwicklung einen gewissen Zwangscharakter angenommen. Es gibt fast keine Frage von größerer Bedeutung, die nicht durch diese Konfliktsituation gestellt oder von ihr beeinflußt wird. Seit dem Ausbruch des Koreakrieges und dem Anlauf des Rüstungsprogramms der westlichen Staaten wird die

Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber auch die soziale und innenpolitische Entwicklung in immer stärkerem Umfange den außenpolitischen Zielen angepaßt, ja man kann von einer Ein- und Unterordnung sprechen. Die Gewerkschaften sind dadurch in eine Zwangslage geraten. Sowohl national wie international wird von ihnen eine Burgfriedenspolitik erwartet. Im Rahmen der zunächst noch begrenzten Mobilmachung für die Zwecke der Verteidigung sollen sie eine Art Hilfsdienststellung einnehmen und auf alle Forderungen verzichten, die eine Umschichtung der sozialen Lastenverteilung bezwecken. Es ist eine alte Erfahrung, daß Perioden internationaler Zuspitzung und Konflikte die Voraussetzungen für eine planmäßige soziale Reformpolitik verschlechtern, die bestehende Eigentumsordnung festigen und die Kommandogewalt des Staates, der Unternehmer und der Manager verstärken. Mit anderen Worten: Bevor die Armeen in Marsch gesetzt werden, marschiert die Reaktion. Dieser Vorgang ist seit zwei Jahren in den meisten europäischen Ländern festzustellen.

Daß die Gewerkschaften in den totalitär ausgerichteten Diktaturen nur ein Instrument zur Durchsetzung der Staatszwecke sind, gehört zu diesem System und hat die nach Kriegsende angestrebte Einheit der Weltgewerkschaftsbewegung zerschlagen. Die Notwendigkeit dieser Trennung braucht nicht weiter diskutiert zu werden. Sie ergab sich zwangsläufig aus der Entwicklung der ersten Nachkriegsjahre. Im Verlauf dieser Spaltung und aus dem Gegensatz zwischen kommunistisch orientierten und demokratischen Gewerkschaften bildete sich zugleich eine ideologische Plattform heraus, die das Hauptgewicht auf diesen Gegensatz legte und im Bekenntnis zur Demokratie nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den eigenen Mitgliedern und eine Aufgabe im Rahmen der westlichen Länder erblickte, sondern dieses Bekenntnis zugleich als eine Kampfansage betrachtete. Die tatsächlich bestehenden Gefahren für die Demokratie von innen und außen haben in der Abwehr eine Art von militanter Demokratie geschaffen, die ihrerseits eine Front gebildet hat, in der sie gemeinsam mit anderen Schichten steht, die sich ebenfalls als Sammelbezeichnung den Begriff der „demokratischen Kräfte“ zugelegt haben. In dieser Eingliederung liegt eine Gefahr für die internationale freie Gewerkschaftsbewegung und die ihr angeschlossenen Organisationen. Sie sind in ihren Entschlüssen nämlich nicht mehr „frei“, sondern durch ein Bündnis gebunden, das der Druck von außen geschaffen hat. Ihre Friedenspolitik fällt zwangsläufig mit derjenigen einer staatlichen Koalition zusammen, deren wichtigster politischer Programmpunkt gegenwärtig darin besteht, zur Verteidigung der westlichen Welt eine genügend starke militärische Macht zu bilden. Die Entscheidung darüber, was unter Verteidigung und Sicherung des Friedens in jedem einzelnen Fall verstanden werden soll, liegt dabei leider nicht in den Händen der Gewerkschaftsführung oder der Mitglieder der Gewerkschaften.

Gewiß wird auf Gewerkschaftskongressen wie auch in den Publikationen und auf den Sitzungen des IBFG zu Fragen der Außenpolitik Stellung genommen. So hat u. a. der Kongreß der AFL in San Francisco ein außenpolitisches Programm beschlossen, das viele denkwürdige Formulierungen über den Schutz der Freiheit und der Demokratie enthält, gleichzeitig aber auch die Unterstützung Tschiang Kai-scheks auf Formosa fordert. Auf der 6. Sitzung des IBFG-Exekutiv Ausschusses in Brüssel wurde eine Entschließung zur Frage der Nordatlantikpakt-Organisation angenommen. Es heißt dort: „Die Mitgliederorganisationen der an der NATO beteiligten Länder sollen gehalten werden, in den einzelnen Organen der NATO eine gewerkschaftliche Vertretung zu erlangen. Der Generalsekretär soll den Mitgliederorganisationen bei der Entwicklung und Koordinierung ihrer mit der NATO zusammenhängenden Wirtschafts- und Sozialprogramme Hilfe-

Stellung geben.“ Das bedeutet letzten Endes nichts anderes als den Einbau der Gewerkschaften in die als militärisches Abwehrbündnis geschaffene Organisation des Nordatlantikpaktsystems.

Mit diesen Problemen sich auseinanderzusetzen und sie einer Lösung entgegenzuführen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften. Wir erleben gerade jetzt, wie die im Zeichen der Aufrüstung durchgeführte teilweise europäische Integration zu einer Methode wird, die eine wirkliche europäische Einigung und den Aufbau einer lebensfähigen europäischen Wirtschaft zu verhindern droht. Der Schumanplan ist von der ursprünglichen Zielsetzung abgekommen, und die Bildung der geplanten Europaarmee kann — bevor wirtschaftlich, politisch und sozial die nötigen Voraussetzungen vorhanden sind — eine fortschrittliche Lösung der Europafrage, die zugleich eine demokratische Lösung sein muß, nur erschweren.

In seinem Bericht über „Das erste Jahr der Europäischen Regional-Organisation“ schreibt *Walter Schevenels* u. a.: „Europa ist dazu berufen, eine bedeutende Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtsentwicklung der Welt zu spielen, die ebenso wichtig ist wie die der Vereinigten Staaten von Amerika. Es ist allgemein anerkannt, daß die wirksamste und schnellste Lösung dieses Problems in der wirtschaftlichen Vereinigung Europas besteht. Es ist heute ferner allgemein anerkannt, daß, ebenso wie die Lage der Arbeiterklasse in jedem einzelnen Land eng mit dem nationalen Wohlstand verknüpft ist, dieser wiederum vom Wohlergehen ganz Europas abhängig ist. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist kein europäisches Land in der Lage, innerhalb der Weltwirtschaft mit eigenen Kräften den Platz wieder zu erobern, der seiner Vergangenheit, seinen technischen Fähigkeiten und seinem besonderen Genius entspricht. Die soziale und wirtschaftliche Einigung Europas wird bald für Europa eine Frage auf Leben oder Tod werden.“

Wenn Schevenels recht hat, muß der Einsatz der europäischen Gewerkschaften und des IBFG für die Schaffung eines solchen Europa verstärkt werden und als Hauptaufgabe die Außenpolitik der Gewerkschaften bestimmen. Die Inangriffnahme dieser Probleme würde zugleich die erstickende Lähmung beseitigen, die in der Atmosphäre der dauernden Kriegsgefahr alle konstruktiven Gedanken und Lösungsversuche unmöglich macht. Es wäre den Einsatz wert, wenn der Internationale Bund Freier Gewerkschaften einen europäischen Kongreß einberufen würde, um die Möglichkeiten zu erörtern, durch die die Arbeit für den Frieden verstärkt und die Schaffung einer echten europäischen Integration beschleunigt werden können. Bei einem Kongreß dürfte es natürlich nicht bleiben. Es müßte in allen europäischen Ländern eine Volksbewegung organisiert werden, die unmißverständlich für das Wegräumen der Schlagbäume eintritt. Dabei kämen auch andere, nicht weniger wichtige Probleme von selbst auf die Tagesordnung, wie die Ungleichheit von Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Löhnen, die gerade jetzt bei den höher entwickelten Ländern neue Furcht erwecken, während die zurückgebliebenen sich auf eine Verschärfung der Konkurrenz einstellen. Es gibt hier keine schnell wirkende Patentlösung. Das darf aber kein Hinderungsgrund sein, so rasch wie möglich an die Behandlung der lebenswichtigen Fragen heranzugehen.

Für die Bundesrepublik wäre eine Belebung der internationalen gewerkschaftlichen Aktivität von besonderer Bedeutung. Dadurch könnte der erneut wuchernde Nationalismus zurückgedrängt werden, ebenso wie nur die Aktivität der Arbeiterschaft dem Vormarsch der Reaktion Einhalt gebieten kann. Die Demokratie kann nur in Freiheit errungen und verteidigt werden. — Sich diese Freiheit gegenüber dem Zwang der internationalen Aufrüstung zu erhalten, das ist jetzt die wirksamste Außenpolitik der Gewerkschaften.